

# Laibacher Zeitung.



Nr. 260.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Dienstag, 15. November.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr., bei öfteren Wiederholungen der Hälfte 3 fr.

1881.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Lieutenant des Husarenregiments Karl I., König von Württemberg Nr. 6 Alexander Freiherrn von Scheil-Bauschlott die k. k. Rämmererswürde allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. November d. J. die Ernennung des Dr. Adolf Wilbrandt zum artistischen Director des Hofburgtheaters allergnädigst zu genehmigen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem ordentlichen öffentlichen Professor an der k. k. technischen Hochschule in Wien Leopold Hauße als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allergnädigst zu verleihen geruht.

## Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien als Presgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in Nr. 5 der in Budapest erscheinenden Zeitschrift „Fortschritt“ ddo. 6. November 1881 unter der Aufschrift „Die grünen Jungen des „Hon“ enthaltenen Auslasses in der Stelle von „Aber trotz alledem“ bis — besteht ist“ das Verbrechen nach § 65 a St. G. begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

## Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben im Allerhöchsteigenen und im Namen des durchlauchtigsten Herrn Kronprinzen der Gemeinde Grafenbrunn für die durch Feuer verunglückten Gemeindefassungen eine Unterstützung von 500 Gulden aus Allerhöchster Privatkasse allergnädigst zu spenden geruht.

## Der neue Statthalter von Mähren.

Wien, 12. November.

Unter gewöhnlichen Verhältnissen, in einem Staate, dessen Constitutionalismus älter, dessen Parteien reifer und dessen öffentliche Presse loyaler, als es dies leider bei uns der Fall ist, würde die Ernennung des Statthalters kaum zu irgendwelchen Auseinandersetzungen und Erwägungen Anlass geben. Die Statthalter und Länderchefs in den österreichischen Provinzen sind nicht bloß Vertreter der Regierung, Beamten des Staates,

sondern sie sind und fühlen sich in der That als Statthalter und Vertrauensmänner Sr. Majestät des Kaisers. Wenn nicht besondere Verhältnisse eine Rücksichtnahme auf die allgemeine politische Lage nothwendig machten, so würde auch diesem Principe stets unmittelbar entsprochen, und so kann es und kann es erklärt werden, daß unter den verschiedenen Ministerien es stets Statthalter, Länderchefs gab, welche einer anderen Partei angehörten, als der der Regierung, und welche bei alter treuer Erfüllung der Pflichten und Beobachtung der nothwendigen und vorgeschriebenen Disciplin doch stets ihrer Gesinnung treu blieben und dem Ministerium dienten, weil sie dem Kaiser dienen wollten.

Das Ministerium Auerzperg-Lasser arbeitete mit Länderchefs, welche der verschiedensten Parteirichtung angehörten. Neben einem so entschiedenen deutschen Centralisten wie Freiherr v. Koller amtierte ein Feldzeugmeister Rodich, neben dem verfassungstreuen Reichsrathsabgeordneten Freiherrn v. Rübeck das polnische und autonomistische Herrenhausmitglied Graf Potocki, neben Baron Conrad Graf Taaffe. Auch unter dem Ministerium Taaffe ist es nicht anders geworden. In Triest sitzt der Finanzminister des Cabinets Auerzperg Freiherr v. Pretis; in Tirol, in Steiermark, in Schlesien und Oberösterreich, in der Bukowina und in Salzburg stehen an der Spitze der Landesvertretung Männer, welche mit ihren Sympathien nicht im Lager der gegenwärtigen Regierung stehen, welche aber ihre Pflichten gegen den Monarchen, wie ihre Pflichten gegen die Regierung mit derselben Loyalität erfüllen, wie es die Herren Taaffe, Rodich und Potocki dem Cabinet Auerzperg gegenüber gethan. Der Statthalter kann als Privatperson welcher Ansicht immer sein, er kann in Wien, sei es im Abgeordneten- oder Herrenhause seiner persönlichen Ueberzeugung Ausdruck geben, als Landeschef muß er sich immer nur vor allem als Repräsentant und Stellvertreter des Monarchen fühlen, der alle seine Völker mit gleicher Liebe umfaßt und hoch über allen Parteien steht.

Graf Friedrich Schönborn, der neuernannte Statthalter von Mähren, gehört der autonomistischen Partei an, gerade so wie Freiherr v. Pretis der verfassungstreuen; seine persönliche Hochachtbarkeit, seine ungewöhnliche Begabung und sein eiserner Fleiß werden auch von den Organen der Linken zugegeben. Graf Friedrich Schönborn besitzt aber außerdem auch ein Maß von Unabhängigkeit, welches ihn gerade unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen für den Statthalterposten in Mähren besonders befähigt. Einer alten deutschen Adelsfamilie angehörend, ist er sich dieser

Abstammung vollkommen bewußt, dabei aber beherrscht er auch die andere Landessprache vollständig, und wird seine Ernennung von den mährischen Czechen, die sich bisher sorgsam vor allen Extravaganzen ihrer böhmischen Conationalen hüteten, freudig begrüßt werden. Graf Schönborn lehnt sich an die clericale Partei an, ohne jedoch die Marotten und Leidenschaften derselben zu theilen und wegen seiner Mäßigung in nationalen Fragen wurde er wiederholt und in der heftigsten Weise von den Prager czechischen Zeitungen angegriffen. Ist Graf Schönborn auch ein überzeugungstreuer Katholik, so ist er doch alles weniger als ein Feudaler und von allen Vorurtheilen frei. Graf Schönborn hat bei jeder Gelegenheit erklärt, daß er sich vor allem als Oesterreicher fühle und darum für die vollständige Gleichberechtigung aller Stämme und Stände sei.

Nicht einen Clericalen, nicht einen Czechen oder Feudalen hat also das Cabinet Taaffe dem Kaiser für den mährischen Statthalterposten vorgeschlagen, sondern einen Oesterreicher, und da jeder Oesterreicher, welcher immer Partei und Nationalität er auch angehört, ein Recht hat auf Amt und Würde im Staate, so beweisen die Angriffe der Parteipresse nur, daß ihr das Verständnis für den österreichischen Staatsgedanken ebenso abgeht, als das Verständnis für die Verfassung, die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten selbst.

## Von den Delegationen.

4. Sitzung der Delegation des österreichischen Reichsrathes.

Wien, 12. November.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Anton Ritter v. Schmerling eröffnet um 11 Uhr 25 Minuten die Sitzung.

Auf der Regierungsbank Ihre Excellenzen die Herren: Reichs-Kriegsminister Graf Bylandt-Rheidt, Reichs-Finanzminister v. Szlavý, Vice-Admiral Freiherr v. Böck; die Herren Sectionschefs: v. Kállay, Freiherr v. Falke und Generalintendant Lambert; die Hofräthe: v. Szent-György und v. Mérey; Sectionsrath Rhu und mehrere Fachreferenten.

Deleg. Dr. Ritter v. Grocholtski referiert im Namen des Budgetausschusses über den Voranschlag des gemeinsamen Kriegsministeriums, betreffend das außerordentliche Heereserforderniß für die Commanden, Truppen und Anstalten in Bosnien, der Herzegowina und im Lim-Gebiete für das Jahr 1882.

## Feuilleton.

### Die Prinzessin von Bagdad.

Romäne in drei Acten von A. Dumas.  
Deutsch von Bukowicz.

Im Jahre 1853 lebte zu Paris eine Fruchthändlerin Madame Durand, die eine wunderschöne Tochter besaß. Dies Mädchen war eine gefeierte Schönheit und von allen Lions der Hauptstadt umschwärmt, doch von allen am meisten gefiel der Schönen ein Königssohn, ein Prinz aus dem Morgenlande, aus Bagdad.

Am Schlusse jenes Jahres 1853 wiegte Madame Durand eine Enkelin auf ihren Knien. Ein sonderbares Geschöpf wächst da heran, so sonderbar und eigenartig, wie es eben nur in der Pariser Luft gedeihen kann. Schön, launenhaft, genussüchtig, die Löwin der Salons, macht das junge Mädchen seinem Namen Lionnette alle Ehre. Sie heiratet den Grafen Jean de Hun, mit dessen Millionen sie rasch aufräumt. Zu Beginn des Stückes wohnen wir einer Auseinandersetzung über die Vermögensverhältnisse des gräflichen Hauses bei. Sie sind traurig genug; auch wenn man alles verkauft, bleibt noch ein Deficit von einer halben Million. Wo soll man Deckung dafür suchen? Wie soll man die Gläubiger befriedigen, deren Drängen von Tag zu Tag lästiger wird?

Nun tritt der Versucher an die schöne Frau heran; ein Herr von Nourvady, der auf seiner schiefen Schulter die Last von vierzig Millionen trägt und den eine unbezähmbare Leidenschaft für der Enkelin des Königs von Bagdad und der Madame Durand zieht. Unter

vier Augen macht er ihr seine Geständnisse. Er zeigt ihr dabei einen Zauberschlüssel, der sie aus all ihren finanziellen Bedrängnissen befreien soll. Dieser Schlüssel öffnet die Thür eines Palais in den Champs Elyées, das der vierzigfache Millionär für die Angebetete seines Herzens gekauft hat. Wenn die Gräfin dort eintrifft, findet sie alles, was sie zur Verschönerung ihres Daseins als Dame von Welt nöthig hat: Dienerschaft, Equipage, die prachtvollste Einrichtung, und damit ihr für ihre täglichen Ausgaben auch das nöthige kleine Geld nicht fehle, findet sie in einer Cassette, die im Salon steht, eine Million neugeprägten Goldes. Wie man sieht, bleibt das Märchenhafte des Stückes nicht bei der Vorgeschichte desselben stehen; es greift auch in die eigentliche Handlung des Dramas hinüber.

Lionnette nimmt den Schlüssel und — wirft ihn zum Fenster hinaus. „Das Fenster geht nach dem Garten und im Garten findet sich ein Schlüssel leicht wieder.“ Mit diesen Worten geht der Versucher. Gleich darauf tritt der Graf auf. Er ist in höchster Aufregung und überhäuft seine Gattin mit Schmähungen. Nicht ohne Grund, wie es scheint; Nourvady hat die Schulden Lionnettes bezahlt, und läßt sich dies anders erklären, als daß sie ein Opfer gebracht hat, das die Ehre des Mannes beschimpft? Lionnette verschmäht es, sich zu rechtfertigen und nach dem Worte „Schwachkopf“, das sie dem in heller Wuth davoneilenden Gatten nachruft, fällt der Vorhang zum erstenmale.

Der zweite Act versetzt uns in das Palais der elyäischen Felder, in dessen Salon die Cassette mit der neugeprägten Million steht. Lionnette tritt auf, gleich

darauf Nourvady. Er glaubt, daß sie gekommen ist, nachdem sie den Kampf der Pflicht ausgekämpft hat und unterlegen ist; in der That ist sie nur gekommen, um ihm Vorwürfe zu machen, daß er ihre Ehre bloßgestellt hat. Mitten in den leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen klingelt es plötzlich. Lionnette blickt zum Fenster hinaus und bemerkt ihren Gatten in Begleitung von Polizei-Agenten. „So sah mein Mann mich am liebsten“ — mit diesen Worten löst Lionnette ihr Haar auf. Eine aufregende Scene spielt sich nun ab, während der Polizeisecretär das Protokoll aufnimmt: Nourvady bürgt mit seinem Ehrenworte für die unbefleckte Ehre der Gräfin de Hun, Lionnette selbst aber, empört über das Betragen ihres Mannes, gesteht den Ehebruch ein. Der Polizeicommissär, ein Muster von Höflichkeit, complimentiert eine Person nach der anderen zur Thüre hinaus und der Vorhang fällt.

Der Inhalt des letzten Actes ist rasch erzählt. Die Gräfin ist in ihr Haus zurückgekehrt; sie trifft Anstalten zur Abreise und Nourvady erscheint, sie abzuholen. Im letzten Augenblicke stürzt ihr Kind herein und klammert sich an die Mutter an, von der es sich nicht trennen will. Nourvady, ungeduldig, stößt den Knaben so heftig zur Seite, daß er zu Boden fällt. Setzt auf einmal entdeckt Lionnette ihr Mutterherz; sie stürzt sich wie eine Tigerin auf Nourvady, dann zieht sie ihr Kind an sich und, ganz überwältigt von dem natürlichsten aller Gefühle, läßt sie ihre Thränen auf das ihr so theure Haupt fließen. Ihr Gatte tritt hinzu, während Nourvady sich zurückzieht und eine Versöhnungsscene bildet den Abschluß des Stückes.



Für die Generaldebatte hat sich Deleg. Dr. Freiherr v. Scharfsmid zum Worte gemeldet.

Deleg. Dr. Freiherr v. Scharfsmid erklärt, daß er gegen die Begründung und die Höhe der einzelnen Ziffern nichts einzuwenden habe, daß er aber mit wenigen Worten die Verschiedenheiten der Auffassungen besprechen wolle, welche über die Konsequenzen der Occupation bestehen. Redner selbst habe im Abgeordnetenhause seinerzeit im Namen des Großgrundbesitzes zwar nicht gegen die Occupation votiert, allein er habe die Last betont, welche damit das Reich übernehme. Die Occupation sei ein Defensivschritt gewesen, der in den Völkerverhältnissen der Balkanhalbinsel seine Begründung finde. Die Vollmacht, welche Oesterreich durch den Berliner Vertrag erhalten, sei nur zum Zwecke der Defensivde ausgebaut worden, und trotz allen Mißtrauens, das in der auswärtigen Publicistik gegen die Absichten Oesterreichs ausgesprochen werde, müsse er mit Rücksicht auf die Darlegungen des Rothbuches mit Genugthuung die Uneigennützigkeit der österreichischen Politik im Orient constatieren. Die guten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden jedenfalls auch eine gute Rückwirkung auf die Stellung Oesterreichs zur Orientfrage ausüben. Diese Rückwirkung sieht Redner zunächst in der Möglichkeit der Entlastung Oesterreichs in betreff seiner Opfer für die Occupation, und er wolle Hoffnung daran knüpfen, daß sich das Budget für diesen Zweck bedeutend herabmindern werde. In dieser Hoffnung werde er für die Bewilligung des Erfordernisses für die Occupation für das Jahr 1882 stimmen.

Der Referent erklärt, daß er der ausgesprochenen Ansicht des Vorredners nicht entgegenzutreten wolle, weil sein Mandat als Referent eben nur in der Vertretung der nicht angefochtenen Ziffersätze bestehe, nur das Eine glaubt er bemerken zu sollen, daß man einer friedlichen Orientpolitik am besten dadurch diene, daß man von ihr so wenig als möglich spreche, Redner empfiehlt nochmals die Annahme der Ziffern des Vorschlages.

Es wird hierauf in die Specialdebatte eingegangen und in derselben die einzelnen Titel sowie die Gesamtsumme von 6.337,500 fl. bewilligt. Ebenso wird dem Reichs-Kriegsminister das Birement zwischen den einzelnen Titeln und Rubriken nach dem Antrage des Budgetausschusses erteilt.

Deleg. Dr. Barenther referiert im Namen des Budgetausschusses über das Budget der Kriegsmarine.

Eine Generaldebatte findet nicht statt, und wird sofort in die Specialdebatte eingegangen.

Die Titel 1 bis 5 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Titel 6: „Instandhaltung, Ersatz und Betrieb des Flottenmaterials“, nimmt Deleg. Teuschl das Wort, um für eine Erhöhung der beantragten Mittel zu sprechen. Der Ausschuss habe die Mittel zur Erbauung eines Schlachtschiffes und zweier Torpedoboote gestrichen. Die Marine bedürfe dieser angesprochenen Mittel, um sich in verteidigungsfähigem Zustande zu erhalten. Ihr Budget sei ohnehin früher von etwa 10 Millionen auf 8 Millionen herabgemindert worden, während das Heeresverfordernis um 20 Millionen gestiegen sei. Es sei aber nicht nur im militärischen Interesse, sondern auch zur Entfaltung unserer Handelsmarine dringend notwendig, die Kriegsmarine zu stärken und zu kräftigen, damit die österreichische Flagge überall achtunggebend auftreten könne. Redner ersucht die hohe Delegation, im nächsten Jahre diese Verhältnisse zu berücksichtigen und die angesprochenen Mittel zu bewilligen.

Deleg. Graf Falkenhayn erklärt, daß er und seine Genossen mit Rücksicht auf die für die Befestigung Polas bewilligten Summen auf die Bewilligung der Mittel für den Bau eines Schlachtschiffes und zweier Torpedoboote im heurigen Jahre nicht einrathen können.

Deleg. Dr. Ruf betont, daß der Ausschuss nur die Absicht hat, die Auslagen für die angesprochene Ergänzung des Flottenmaterials auf eine längere Zeit zu vertheilen. Die Bewilligung in den nächsten Jahren sei nicht ausgeschlossen. Die Delegation werde überhaupt der österreichischen Kriegsmarine, deren Sieg bei Lissa noch in gutem Andenken sei, stets warme Sympathien und Opferwilligkeit entgegenbringen, soweit es überhaupt die Rücksichtnahme auf die Finanzen des Reiches gestatte. Redner empfiehlt daher die Annahme der Ausschussanträge.

Nachdem noch der Referent die Anträge des Ausschusses vertheidigt hatte, wurden dieselben bei der Abstimmung angenommen.

Ebenso wurden die übrigen Titel nach den Anträgen des Budgetausschusses und das Gesamtverfordernis mit 7.848,865 fl. angenommen.

Ferner werden die angesprochenen Nachtragscredite für die Marine im Gesamtbetrage von 361,440 fl. ohne Debatte bewilligt.

Deleg. Graf Falkenhayn referiert im Namen des Budgetausschusses über die Schlussrechnungen für das Jahr 1879.

Der Präsident erklärt, daß die Delegation ihre Arbeiten bis auf den Nuntienwechsel zur Erzielung

übereinstimmender Beschlüsse bis auf die Berichte des Petitionsausschusses beendet habe. Er ersucht um die Ermächtigung, die einlangenden Nuntien der ungarischen Delegation sofort an den Budgetausschuss weisen zu dürfen, und gibt bekannt, daß er den Bericht über die Nuntien sowie die Berichte über Petitionen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die im schriftlichen Wege angezeigt werden wird, setzen werde.

Vom Ausland.

Unter den auswärtigen Angelegenheiten sind es die Berichte aus Deutschland und aus Frankreich, auf welche sich das allgemeine Interesse concentriert. Mit Spannung sieht man Berichten aus Berlin darüber entgegen, wie daselbst die Konsequenzen der Wahlergebnisse werden gezogen werden. Vorläufig benützen die Blätter die vielbesprochenen Artikel der „Post“ als Anhaltspunkt, um ihn je nach ihren Parteistandpunkten zu glossieren und in betreff der Auffassung der gleichzeitig aufgetauchten Gerüchte über die Demissionsabsicht des Fürsten Bismarck mit einander zu polemisieren.

Der deutsche Reichstag, welcher bekanntlich am nächsten Donnerstag zusammentritt, wird, wie man der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin schreibt, nicht vom Reichskanzler Fürsten Bismarck, sondern vom Staatssecretär von Bötticher eröffnet werden. Im deutschen Bundesrathe ist man noch eifrig damit beschäftigt, die Etatsarbeit abzuschließen. Bisher hat die Regierungsvorlage in den einzelnen Positionen kaum nennenswerte Veränderungen erfahren. Die Matricularbeiträge dürften, der „Magdeburger Zeitung“ zufolge, um circa 12 Millionen Mark erhöht werden. Die Einbringung der Vorlage wegen Errichtung eines Reichsrathsgebäudes auf dem Königsplatze in Berlin hält das genannte Blatt für sehr wahrscheinlich.

Mit nicht geringerer Spannung als nach Berlin richten sich die Blicke nach Paris, wo die neue Cabinettsbildung im vollen Zuge ist. Doch sind aus den vorliegenden telegraphischen Berichten nur äußerliche Mittheilungen, speciell Aufzählungen der Persönlichkeiten zu entnehmen, welche Herr Gambetta, seitdem er die Cabinettsbildung übernommen, empfangen hat. Als solche werden bisher bloß Freycinet, Léon Say und Allain-Targé bezeichnet. — Die Rechte des Senates hat über Antrag des Herrn Buffet schon jetzt beschloffen, das neue Ministerium im Interpellationswege zu fragen, in welchem Maße es die Erbschaft seiner Vorgänger zu übernehmen gedenke. Man glaubt indes, daß das Ministerium Gambetta sich, sobald es ins Amt getreten, von der Kammer wegen seines Programmes interpellieren lassen, und daß der Senat hier wie in der tunesischen Angelegenheit das Nachsehen haben werde.

Die tunesische Debatte ist nun Gegenstand rückblickender Besprechung in den Pariser Blättern. Daß die neue Kammer sich in ihrem ersten ernsteren Debüt nicht mit Vorbeeren bedeckt hat, darüber herrscht in der Presse nur Eine Stimme; bezeichnend ist bloß, daß selbst das Organ des Präsidenten der Kammer nicht umhin kann, ihr in strengen Ausdrücken den Tadel zu lesen. „Es lag der Kammer die Pflicht ob — schreibt der „Siecle“ — eine von dem Lande mit Ungeduld erwartete Debatte über die höchsten nationalen Interessen einer Lösung zuzuführen. Diese Debatte hat sich ohne leitenden Faden, ohne Methode, ohne Präcision elend durch vier Sitzungen hingezogen, und nur dem späten Dazwischentreten des Herrn Gambetta ist es zu danken, daß sie nicht noch elender gescheitert ist. Die Nation wird über das Schauspiel, welches ihr ihre Vertreter geben, mit Recht tief betrübt sein.“

Vom General Delebecque, der in der algerischen Provinz Oran operiert, ist im Kriegsministerium folgende Meldung vom 9. d. M. eingelaufen: „Die Colonne operiert seit 48 Stunden gegen die feindlichen Contingente, welche sich in das Gebirge der Beni-Mens geflüchtet haben. Die Brigade Louis griff von dem östlichen Abhange aus an und brachte dem Feinde empfindliche Verluste bei. Dem zweiten Zuavenregiment wurden fünf Mann getödtet, worunter ein Officier, der Lieutenant Le Drapier, und sieben Mann verwundet. Unsere Truppen erbeuteten 150 Kameele, 200 Ochsen, 600 Hammel und mehrere Zelte.“

Der deutsche Reichskanzler und die Parteien.

Aus Berlin schreibt man der „Pol. Corr.“: Die hiesige „Post“ brachte einen Leitartikel, worin es hieß, daß, wenn der Kanzler den Versuch erneuere, die Zustimmung des Kaisers zu seinem Rücktritte zu gewinnen, sein Nachfolger zwischen Centrum und Fortschritt als denjenigen Parteien optieren müsse, um welche eine Majorität krystallisieren kann. Die Option könne nur zugunsten des Centrums ausfallen. Nun ist die Stunde zum Versuche einer Option für das Centrum gekommen, und der Kanzler muß, eingedenk seiner Aeußerung vom 8. Mai 1880, dem Kaiser vorschlagen, die Ausführung dieser Option einer anderen Hand anzuvertrauen. Allerdings erinnert man sich allseits mit Recht des kaiserlichen „Niemals!“ und

glaubt, daß der Kaiser von dem Kanzler verlangen werde, auch den Versuch des Zusammengehens mit dem Centrum in seine vor allen bewährte Hand zu nehmen. Dies erscheint um so natürlicher, wenn man sich der Aeußerung des Herrn Windthorst erinnert, nur der Kanzler vermöge den Culturkampf durch einen wahren Frieden zu beendigen. Herr Windthorst hat mit diesen Worten gezeigt, daß er die staatsmännliche Einsicht besitzt, daß der Culturkampf kein oberflächliches Zerwürfniß, sondern ein aus der Natur der Dinge hervorgehender Gegensatz ist, den nur eine in diese Dinge tief hineinwirkende Meisterhand auf eine lange Periode beendigen kann.

Das aber muß mit allem Nachdrucke wiederholt werden, daß dem Kanzler der Weg nicht verschlossen ist, nach ein oder zwei Jahren, nachdem „klärende Ereignisse“ in Gestalt concreter Gesetzesvorlagen getreten sind, mit besserem Erfolge als jetzt an das Volk zu appellieren. Die günstigen Aussichten dieses Unternehmens würden dadurch nicht leiden, wenn inzwischen eine clerical-liberale Coalition sich gebildet haben sollte. Leider wird diese Eventualität durch die moralische Ermüdung unwahrscheinlich, welche, dem Artikel der „Post“ zufolge, jetzt auf dem Kanzler theils infolge der Angriffe seiner Gegner, noch mehr aber infolge der weit verbreiteten Unfähigkeit auch patriotisch gesinnter Volkskreise lastet, die Gedanken des Kanzlers und die dringenden Forderungen des Augenblickes, an deren Erfüllung leicht die ganze Zukunft hängen kann, zu verstehen.

Aus Belgrad

Schreibt man der „Pol. Corr.“ unterm 11. d. M.: Se. Hoheit Fürst Milan brachte bei dem zu Ehren des bisherigen I. und I. Ministerresidenten in Belgrad Baron Herbert-Rathkeal gestern veranstalteten festlichen Diner auf letzteren einen Toast aus, in welchem der Fürst den unermüdblichen Eifer des scheidenden Gesandten während dessen dreijähriger Amtsperiode hervorhob und dessen wesentlicher Mitwirkung bei der Herstellung der gegenwärtigen ausgezeichneten Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-Ungarn mit Anerkennung gedachte. Baron Herbert, so versicherte zum Schluß der Fürst, könne des gewiß sein, daß sowohl er, der Fürst, und seine Regierung als auch das serbische Volk ihm ein dankbares Andenken bewahren werden. Baron Herbert brachte hierauf in warmen Worten seinen Dank zum Ausdruck.

Tagesneuigkeiten.

— (Audienzen.) Se. Majestät der Kaiser haben am 12. d. M. vormittags Audienzen zu erteilen und u. a. folgende Persönlichkeiten zu empfangen geruht: FML. Freiherrn v. Catty, geh. Rath G. d. C. v. Fratricjevics, geh. Rath Dr. Habietinek, geh. Rath Fürsten Lichnowsky, Obersten Rudolf Fürsten Lobkowitz, die Flügeladjutanten Oberstlieutenant Freiherrn v. Wertens und Major Bako, den Erbprinzen Wilhelm von Nassau, FML. Baron Pärder, FML. Freiherrn v. Romberg, GM. v. Ballentsitzs, Ministerialrath Dr. v. Valentzits, geh. Rath Grafen Witzele, Kammerfängerin Frau Gompertz-Bettelheim, die Hofschauspieler Robert und Thimig.

— (Hof- und Personalnachrichten.) Se. I. und I. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf ist diesertage in Begleitung Sr. Hoheit des Prinzen Philipp von Coburg auf die fürstlich des Prinzen Philipp von Coburg auf die fürstlich Lobkowitz'sche Domäne Konopišt abgereist. Es haben sich dorthin auch Ihre I. und I. Hoheit die durchlauchtigste Kronprinzessin Erzherzogin Stefanie und Ihre kbn. Hoheit Prinzessin Louise von Coburg begeben.

— Se. Majestät der deutsche Kaiser war am 11. d. M. infolge einer Verdauungsstörung unwohl, hat sich jedoch schon tags darauf bereits wieder ganz wohl gefühlt. — Fürst Bismarck ist am 12. d. M. in Berlin, der preußische Hausminister Se. Exc. Graf A. Schleinitz in Wien angekommen. — Se. Excellenz der Herr Obersthofmeister Sr. I. und I. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen, Graf Bombelles hat, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, einen sechsmonatlichen Urlaub angetreten und beabsichtigt dem Vernehmen nach, einen Theil des Winters in Kairo zuzubringen. — In Rom starb am 9. d. M. Cardinal Gianelli im 74. Lebensjahre.

— (Erweiterung der k. k. Hofburg.) Am 12. d. M. sind die Ausstreckungsarbeiten zum Erweiterungsbau der k. k. Hofburg in Angriff genommen worden. Der Bau wird sich bis zur Hälfte der Mauerfläche vom Kaisergarten ausdehnen und auch von letzterer einen schmalen Streifen einnehmen. Im Laufe der kommenden Woche wird die Einpflanzung der ganzen Baufläche während des Winters noch die Grundaushebung vorgenommen werden, damit im Beginne der nächsten Bauzeit die Bauarbeiten selbst in Angriff genommen werden können.

— (Feuerwehr-Jubiläum.) In Innsbruck Mitte August 1882 wird die freiwillige Feuerwehr in Innsbruck ihr 25jähriges Bestehen begehen, wozu Einladungen an alle Feuerwehren des In- und Auslandes erfolgen. Um jedoch mit dem Angenehmen auch das Nützliche zu verbinden, hat die



Commandantchaft der Innsbrucker freiwilligen Feuerwehre beschloffen, zugleich eine Ausstellung von Feuerwehrrathschafften zu verbinden, und um dies mit Erfolg bewerkstelligen zu können, hat dieselbe beim k. k. Handelsministerium Schritte wegen Staatspreise gethan, welche dasselbe bereits zugesagt hat; nur verlangt das Handelsministerium die Anzahl der Aussteller zu wissen, um die Preise bemessen zu können. Infolge dessen sind bereits nahezu 1000 Einladungscirculars an inländische Fabrikanten von Feuerwehrrathschafften jeden Genres ergangen, und werden sich die Feuerwehren so wie die erwähnten Fabrikanten, letztere im eigenen Interesse, sicherlich zahlreich an der Ausstellung betheiligen.

(Von Sarah Bernhardt.) In den letzten Tagen ihres Wiener Aufenthaltes hat sich Sarah Bernhardt veranlasst gesehen, einer Reihe von Freunden und Verehrern ihrer Kunst, die ihr gesellschaftlich näher getreten, ein Zeichen ihrer Dankbarkeit zuzusenden. Dieses Souvenir bestand in einer in Newyork auszuföhrten und trefflichen Profil-Photographie, Cabinetformat, und jedes dieser Bilder war mit einer freundlichen und eigenhändig geschriebenen Widmung versehen. Auf der Photographie, welche Frau Lucca von ihrer Collegin erhielt, sind folgende Zeilen zu lesen: „A Madame Lucca, la grande artiste celebre et connu dans l'univers“ („Für Frau Lucca, die große, berühmte und in der ganzen Welt gekannte Künstlerin“). — Sarah Bernhardt hat während der ganzen Dauer ihrer Wiener Tage unzählige Briefe erhalten; alle diese Briefe enthielten Huldigungen für die gefeierte Künstlerin; die meisten von ihnen waren aber natürlich in der Absicht geschrieben, um eine Antwort von der Hand der Adressatin, d. h. ein Autograph Sarahs zu erhalten. Die Briefe der Herren blieben sämmtlich unbeantwortet, aber für jeden der Briefe, die von Damen herrührten, hatte die Künstlerin eine Zeile der Antwort. Uebrigens wurden der Gefeierten nicht wenige Visitenkarten, Fächer und ähnliche Dinge mit der Bitte zugesandt, sie möchte doch ihren Namenszug darauf setzen, eine Bitte, der zumeist willfahrt wurde.

## Locales.

### Krainischer Landtag.

10. Sitzung am 19. Oktober.

(Fortsetzung und Schluss.)

Nachdem der Abg. Dr. Zarnik dem Abgeordneten Dr. Schaffer betreffs der Verhältnissverhältnisse in der Schweiz, in England, in Belgien u. c. geantwortet, constatirte der Abg. Dr. Ritter von Kallenegger, dass Majorität und Minorität auf concrete Fragen die Antwort ertheilt haben.

Es sprachen ferner noch die Abgeordneten Dr. von Schrey und Dr. Polskar, der am Schlusse seiner Ausführungen dem Wunsche unseres Volkes Ausdruck gab: Gott möge dem Lande noch lange den gegenwärtigen Herrn Landespräsidenten erhalten, welche Worte im Hause und von dem sehr zahlreich versammelten Auditorium mit lebhaftem Beifalle aufgenommen wurden.

Ein gegen diesen Beifall gerichtetes Wort des Abg. Baron Uspaltrern fand von der linken Seite des Hauses wie nicht minder aus den Reihen der Zuhörer den entschiedensten Protest.

Nachdem noch die Abgeordneten Svetec und Ravratic, dann die Berichtstatter der Majorität und Minorität gesprochen, ward der Antrag der Minorität abgelehnt und dadurch der der Majorität angenommen. Um halb 6 Uhr abends schloß die Sitzung.

11. Sitzung am 20. Oktober.

In Ergänzung des Berichtes über diese Sitzung in der Nummer vom 21. v. M. tragen wir über den Verlauf derselben noch Folgendes nach.

Für den Finanzausschuss erstattet Abg. Ritter v. Besteneck den Bericht über den Antrag des Abg. Nobič, betreffend die Einhebung der nachträglichen Landeszuschläge pro 1881.

Der Ausschuss beantragt: Der hohe Landtag wolle beschließen: Der Landesausschuss wird beauftragt, sich unverzüglich bei der k. k. Regierung dahin zu verwenden, dass, unbeschadet der ohne separate Executionsführung möglichen sofortigen Einhebung der nachträglichen Landes- und Grundentlastungsfonds-Umlage pro 1881 mit je 1 pCt. und der nachträglichen Normalzuschlags-Umlage pro 1881 mit 2 pCt., welche laut Note des Herrn k. k. Landespräsidenten vom 5. d. M., Z. 1735/Pr., neuerlich veranlasst wurde, bei jenen steuerpflichtigen Parteien, welche vor dem Hinablangen der neuerlichen Verfügung der k. k. Finanzdirection im Sinne obiger Präsidialnote an die k. k. Steuerämter ihre Steuern und Umlagen pro 1881 schon vollständig entrichtet haben, die zwangsweise Einhebung obiger Nachtragsumlagen erst gleichzeitig mit der Einhebung der für das I. Quartal 1882 fälligen Steuern und Umlagen erfolge, demnach gegen solche Steuerzahler im laufenden Jahre bloß zum Zwecke der zwangsweisen Einbringung dieser Nachtragsumlagen keine separate Executionsführung mehr stattfinden.

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen. Abg. Dr. Deu erstattet namens des Verwaltungsausschusses den Bericht, betreffend den Gesetzentwurf über Bauführungen innerhalb verliehener Grubenselder.

Der Verwaltungsausschuss beantragt: Der hohe Landtag wolle beschließen: 1.) Dem beiliegenden Gesetzentwurf wird die Zustimmung ertheilt. 2.) Der Landesausschuss wird beauftragt, die Allerhöchste Sanction zu erwirken.

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen, desgleichen das nächste Gesetz in allen seinen Bestimmungen.

Dasselbe lautet: Gesetz, wirksam für das Herzogthum Krain, wodurch Bestimmungen rüchlich der Bauführung innerhalb verliehener Grubenselder erlassen werden.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde ich anzuordnen wie folgt:

§ 1. Die baubehördliche Amtshandlung bei Bauführungen innerhalb verliehener Grubenselder steht der politischen Bezirksbehörde und in den mit besonderen Statuten versehenen Städten der mit der politischen Amtsführung betrauten Gemeindebehörde zu.

Die politische Bezirksbehörde kann die Vornahme der zu pflegenden commissionellen Erhebungen auch der Gemeindebehörde übertragen. Sollte sich im Laufe einer von der Gemeindebehörde eingeleiteten Bauverhandlung ergeben, dass es sich um eine Bauführung innerhalb verliehener Grubenselder, bezüglich welcher nach diesem Gesetze die Amtshandlung der politischen Bezirksbehörde zusteht, handle, so hat die Gemeindebehörde die Angelegenheit sofort der ersteren abzutreten.

§ 2. Zu der nach § 9 der Bauordnung vom 25sten Oktober 1875, L. G. Bl. Nr. 26, abzuhaltenden Localcommission ist der Bergbauberechtigte als Anraimer von Amtswegen vorzuladen und ihr nach Maßgabe der Nothwendigkeit auch ein oder zwei bergwerkstündige Sachverständige, wenn es sich aber um Bauführungen über im Aufschlusse oder im Abbaue stehende Grubenselder handelt, auch ein Abgeordneter des Revierbergamtes beizuziehen.

Der politischen Bezirksbehörde steht es zu, diese Beziehung nach Maßgabe der Nothwendigkeit auch in anderen Fällen zu verfügen.

§ 3. Bei der Erledigung der Baugesuche haben die politischen Behörden im Einvernehmen mit den Bergbehörden vorzugehen.

Der Recurszug findet im Sinne des § 92, Z. 3, der Bauordnung für Krain vom 25. Oktober 1875, L. G. Bl. Nr. 26, an die k. k. Landesregierung statt.

§ 4. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind die Minister des Innern und des Ackerbaues beauftragt.

(Fortsetzung folgt.)

(Gemeinderathssitzung.) Die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes Donnerstag am 17. November 1881 und eventuell für die Fortsetzung der Sitzung Samstag am 19. November 1881, jedesmal um 5 Uhr nachmittags, lautet: I. Selbständiger Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes. II. Selbständiger Antrag auf Aenderung der vom Gemeinderathe beschlossenen Satzung in betreff des Stechviehes (Schweine), mittelst welcher eine Erleichterung für Gastwirte geschaffen werden soll. III. Bericht der Schulsection über die Verleihung eines Kaiser-Franz-Josef-Stiftungsplatzes für Realschüler. IV. Berichte der Bausection: 1.) über das Ergebnis der Colaudierung des neuen Trottoirs in der Elephantengasse; 2.) über die beantragte Fortsetzung der Quaimauer auf dem rechten Laibachufer zwischen der Grabsteg-Brücke und der Franz-Karl-Brücke; 3.) über den Recurs der Verwaltung des Mädchen-Waisenhauses gegen die magistratliche Verweigerung des Bewohnungsconfenses für einen Theil des Hauszubaues. V. Berichte der Polizeisection: 1.) über das Gesuch der Wirthe in der Floriansgasse um theilweise Aufhebung des Verbotes der Wagenaufstellung vor ihren Wirtshäusern; 2.) über die Recurse zweier Wirthe in der Floriansgasse wider die magistratlichen Strafenkenntnisse wegen Aufstellung von Wagen vor ihren Wirtshäusern; 3.) über die Benennung der neuen, zum Central-Schlachthof führenden Straße. VI. Bericht der vereinigten Finanz- und Personalsection über die Creierung einer weiteren Kassenbeamtenstelle. — Hierauf folgt die geheime Sitzung.

(Die nächsten Schwurgerichtshandlungen) beginnen am 21. d. M. Die Liste derselben lautet: 21. November: Gertraud Troha, Mord; 22. November: Johann Supanc, Betrug; 23. November: Matthäus Gerbec, schwere körperliche Beschädigung; 24. November: Jakob Krasovec, Todtschlag; 25. November vormittags: Franz Jereb, versuchte Nothzucht; nachmittags: Egid Lunar, Nothzucht; 26. November: Matthäus Delove, Raub; 28. November: Josef Semec, Todtschlag; 29. November: Josef Gregorec, Todtschlag.

(Der „Sokol“-Abend) in den Restaurationslocalitäten der Citalnica verlief durch die Mitwirkung des Gesangsvereins der Citalnica und der Musikkapelle des k. k. 26. Infanterieregimentes Großfürst Michael und unter zahlreicher Theilnahme in animirtester Weise. Besonderen Beifalles hatte sich die durch

Herrn P. Rajzel dargestellte humoristische Soloscene „Vor dem Balle“ zu erfreuen. Nicht minder beifällig wurden auch die slavischen Potpourris der Musikkapelle aufgenommen.

(Aus Unterschischka.) Die Unterhaltung, welche unsere Citalnica am verflossenen Sonntage in Koslers Winter-Bierhalle arrangierte, verlief äußerst animiert und befriedigte vollkommen die zahlreich erschienenen Vereinsmitglieder und Gäste aus der Stadt. Das Programm der „Beseda“ war ein reichhaltiges und kam präcise zur Durchführung. Die Eröffnungsrede behandelte die Vereinsverhältnisse und das St. Martinifest, wobei auch die Bedeutung der Landwirtschaft für die Cultur und Civilisation der Völker hervorgehoben wurde. Die slovenischen Chöre und Quartette wurden mit Kraft und Schulung vorgetragen und fanden vielen Beifall. Ganz besonders gefielen auch die 28 vorgeführten Nebelbilder, darstellend: Städte, Seen, Wasserfälle, Grotten und reizende Gegenden aus Krain, nebst weltberühmten Kunstbauten, Naturbildern und mythologischen Figuren. Getanzt wurde lebhaft bis halb 4 Uhr morgens; die Pausen füllten in der besten Weise gemischte Chöre aus.

(Landschaftliches Theater.) Gestern führte uns die emsige Direction die Novität des Wiener Stadttheaters von Dumas-Bukovics: „Die Prinzessin von Bagdad“, vor. Die Handlung des Stückes, das all die zweifelhaften Vorzüge crassen Effectes und prickelnden Reizes, wie nicht minder die stereotypen Fehler und Gebrechen des Genres der Ehebruchkomödie an sich trägt, erzählen wir an anderer Stelle. Aus der Darstellung heben wir die Träger der Hauptpartien hervor. Die Rolle der „Heldin“ (Bionette de Hun) gab Fr. Solmar, die namentlich in den Affecten und in den Points sehr wirksam war und verdiente Anerkennung fand; auch sah Fr. Solmar superb aus. Herr Felix als „de Hun“ hatte einen recht glücklichen Abend, er traf insbesondere im ersten Acte den Ton vorzüglich und war auch in der weiteren Ausführung seiner Rolle gelungen. Herr v. Balajthy bot als „Mourvady“ eine anerkennenswerte Leistung. Die Darsteller der übrigen Rollen, die Herren Linori (Richard), Wallhof (Gobler), Auspiz (Trevels) und Unger (Polizeicommissär), trugen im Ensemble zum Gelingen des Abends ihr redlich Theil bei. Der kleine Meier als „Raoul de Hun“ war brav. Die Misere-scene machte dem Regisseur Herrn Wallhof alle Ehre. Das recht gut besuchte Haus spendete nach den Actschlüssen wohlverdienten Beifall; das Stück wird seine Reprisen erleben.

(Theaternachricht.) Wie die „Neue Illustrierte Zeitung“ schreibt, arbeitet G. v. Moser gegenwärtig sehr fleißig an seinem neuen fünfactigen Schwank: „Reif von Reiflingen“, der bekanntlich eine Fortsetzung zu dem erfolgreichen „Krieg im Frieden“ bilden wird. Das Stück spielt auf dem Landgute Kurt von Folgens, und dieser wie seine Gattin Ilka sind bestrebt, ihren gemeinsamen Freund Reif von Reiflingen, der bei ihnen zum Besuche weilte, zu verheiraten. Dies gelingt denn auch, allerdings erst nach vielen humoristischen Verwicklungen. Moser beabsichtigt den Schwank möglichst rasch zu beendigen, damit er noch vor Weihnachten in Görlitz seine Probe-Aufführung erleben und bald nach Neujahr an die Bühnen versendet werden könne. Wir machen schon heute die Direction Mondheim-Schreiner auf diese in Aussicht stehende Novität des beliebten Bühnenauctors aufmerksam, dessen „Krieg im Frieden“ hier bekanntlich so sehr gefallt.

Der Kapellmeister des Theaters an der Wien, Herr Adolf Müller jun., componiert eine Operette „Die Kaffee-Verschöderung“. Das Libretto ist von Herrn Julius Rosen verfasst.

(Druckfehler-Berichtigung.) In der gestrigen Nummer unseres Blattes soll in dem Artikel: „Laibach, 13. November“, der Satz: „Wir fordern, die ehrlichen Deutschen in Krain aufzuklären, wem von ihnen je verwehrt oder die Möglichkeit benommen wurde, sich in seiner Sprache auszubilden“, u. s. w., richtig heißen: „Wir fordern die ehrlichen Deutschen in Krain auf, zu erklären, wem von ihnen je verwehrt oder die Möglichkeit benommen wurde, sich in seiner Sprache auszubilden“, u. s. w.

## Neueste Post.

### Das Finanz-Exposé pro 1882.

(Vor Schluss des Blattes erhalten wir nachstehenden Bericht auf telegraphischem Wege über das Finanz-Exposé für das Jahr 1882.)

Wien, 14. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Herr Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski das Budget für das Jahr 1882 eingebracht und dasselbe in einer längeren Rede mit einem gründlichen Exposé begleitet. Letzteres bot ein klares Bild der Finanzlage der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und machte einen sehr günstigen Eindruck. Man kennt die Scharfheit und Methode des Finanzministers. Scharf in der Bertheidigung, wenn er angegriffen wird, vermeidet er in sachlichen Fragen jede polemische Spitze und beschränkt sich auf eine trockene, streng objective, von



jeder Verschönigung freie Darlegung des Gegenstandes. Das heutige Exposé enthält in vielfacher Beziehung erfreuliche Lichtpunkte, die selbst wirkliche Schwarzseher oder Pessimisten aus Opposition kaum verkennen oder mißdeuten dürften. Als Ritter von Dunajewski im vorigen Jahre die Erbschaft seiner Vorgänger antrat und im Reichsrathe unter den schwierigsten Verhältnissen mit dem ersten Budget debütierte, konnte ihn wohl niemand für die Höhe des Deficits verantwortlich machen, welches er bei seinem Amtsantritte vorgefunden hatte. Eine Reihe von Vorlagen, von deren parlamentarischer Erledigung der Finanzminister sich mit Recht eine wesentliche Verminderung des Deficits versprach, befindet sich noch derzeit in der Schwebe, und trotzdem weist das heutige Budget einen erheblichen und nicht zu unterschätzenden Fortschritt auf dem Wege der allmählichen Gesundung des österreichischen Staatshaushaltes auf. Nach dem Finanzgesetze vom 7. Juli 1881 belief sich das Deficit für das Jahr 1881 auf 52.487,310 fl., thatsächlich aber nur auf 26.637,310 fl., wenn man von der erst-erwähnten Summe jene Beträge ausscheidet, welche zur Schuldentilgung oder als größere Kapitalauslage zu Investitionszwecken verausgabt wurden, und zwar das Erfordernis für die Rückzahlung der Schatzscheine per 20.600,000 fl., ferner die Credite für Eisenbahnbau und Eisenbahnvoranschläge per 6.250,000 fl. Das Endergebnis des Voranschlags 1882 erscheint ziffermäßig wie folgt: Das Erfordernis ist mit 470.892,394 fl., die Bedeckung mit 433.082,858 fl. veranschlagt, wonach sich ein Abgang von 37.809,535 fl. ergibt.

Behufs der richtigen Beurtheilung dieses Resultates müssen jedoch nach dem Vorgange pro 1881 aus obiger Summe das Erfordernis für die Rückzahlung der Schatzscheine (als Schuldentilgung) per 10.000,000 fl. sowie die für den Bau der Arlbergbahn eingestellte Rate (als größere Kapitalanlage) per 5.500.000 fl. ausgeschieden werden, so daß sich der Abgang pro 1882 auf 22.309,535 Gulden reducirt. Im Vergleiche mit dem früher erwähnten Deficit pro 1881 per 26.637,310 fl. stellt sich somit das Deficit pro 1882 per 22.309,535 Gulden um 4.327,775 fl. günstiger; obschon das Gesamterfordernis pro 1882 per 470.892,393 fl. gegenüber dem für das Jahr 1881 bewilligten Betrage von 463.133,304 fl. um 7.759,089 fl. höher erscheint. Die letztgenannte Ziffer vermochte nicht das Endergebnis zu alterieren, da eben dem höheren Erfordernisse eine weit höhere Bedeckung gegenübersteht. Das größere Erfordernis ist vorwiegend auf den Voranschlag der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten zurückzuführen, da insolge des fortwährenden Steigens des Exportes von Rübenzucker über die Grenze der österreichisch-ungarischen Monarchie im gemeinsamen Budget pro 1882 mit einer weitaus größeren Summe für Verzehrungssteuer-Restitutionen vorgesorgt werden mußte, als im Jahre 1881. Es ist dies indes kein die Budgets beider Reichshälften nachtheilig beeinflussendes Erfordernis, da im Sinne des Gesetzes vom 18. Juni 1880 beiden Reichshälften von den Zucker-Producenten ein gewisser Reinertrag (im Jahre 1882 pro rata gerechnet 10.650,000 fl.) garantiert wurde und somit der höheren Summe an Restitutionen auch eine höhere Ziffer der Roheinnahmen an Zuckersteuer sich gegenüberstellt.

So erklärt es sich von selbst, daß die höheren Restitutionen an Verzehrungssteuer in dem gesteigerten Erfordernisse, dagegen die höheren Einnahmen an Zuckersteuer in der höheren Bedeckung des Voranschlags ihren Ausdruck finden, daher in Bezug auf das eigentliche Resultat eine mehr buchhalterische als finanzpolitische Bedeutung involvieren. Effectiv Mehrerfordernisse weisen auf das Ministerium für Landesverteidigung insolge längerer Dauer der Waffenübung im Jahre 1882, sowie insolge von Anschaffungen für die Landwehr, das Ministerium für Cultus und Unterricht insolge höheren Aufwandes für Hoch- und Mittelschulen und beträchtlicher Bauauslagen für die Unversitäten, sowie für das Finanzministerium insolge der Erhöhung des Verzehrungssteuergelbes und der Gefällrückgaben, außerdem hat der Pensionsaufwand um 346,900 fl. zugenommen, theils insolge des Gehaltsregulierungsgesetzes vom 15. April 1873 und der günstigeren Bemessung der Ruhegelder, theils insolge des Umstandes, daß in den abgelaufenen Jahren verschiedenen Kategorien von Staatsbediensteten die Pensionsfähigkeit zugestanden wurde, deren Versorgungsbezüge nach und nach steigen. Dagegen weisen mehrere Centralstellen ein Mindererfordernis auf. So hat das Handelsministerium trotz einer sehr bedeutenden Erhöhung des Erfordernisses für das Postgefälle, welche mit der fortwährenden Zunahme des Postverkehrs zusammenhängt und durch die Steigerung der bezüglichen Einnahmen weitaus überwogen wird und trotz einer Erhöhung des Credits für die Rarentaregulierung im Ganzen ein Mindererfordernis, ebenso haben sich Mindererfordernisse beim Ackerbauministerium und beim Justizministerium ergeben. Die Subventionen und Dotationen wurden auf Grund erwarteter günstigerer

Betriebsresultate bei einzelnen Bahnen um 837,497 Gulden niedriger eingestellt als im Vorjahre. Das Erfordernis der Staatsschuld ist um 7.902,556 fl. niedriger, weil im Jahre 1882 nur 10 Millionen Schatzscheine zu tilgen sind (an Stelle der 20 Millionen im Jahre 1881), dagegen haben sich außer einer Zunahme des Zinsen- und Tilgungserfordernisses der allgemeinen Staatsschuld namentlich ein Zuwachs von 2.717,396 Gulden an Zinsen für die auf Grund des Gesetzes vom 11. April 1881 emittierten Obligationen der 5%igen Notenrenten ergeben.

Was die Bedeckung betrifft, so belaufen sich die Gesamteinnahmen nach dem Voranschlage für 1882 auf 433.082,858 fl. gegenüber dem vorjährigen Voranschlage per 409.645,994 fl., somit um 23.436,864 Gulden höher. Ist auch diese bedeutende Mehrein- stellung zum Theile — wie bereits auseinandergesetzt wurde — auf die Zuckersteuer-Restitution zurückzuführen, so verbleibt immerhin ein Mehrertragnis in der heiläufigen Höhe von 13.000,000 Gulden, wobei betont werden muß, daß die Ziffern, von denen weiter die Rede sein wird, das Resultat äußerst gewissenhafter Berechnungen auf Grund des Durchschnittsertragnisses der Vorjahre bilden. So erscheinen die directen Steuern um 1.420,000 Gulden höher präliminirt, und zwar bei der Gebäude-, Erwerb- und Einkommensteuer, bei letzterer Steuer insbesondere, weil bei mehreren Eisenbahn-Unternehmungen die concessionsmäßig zugestandene Steuerfreiheit in den letzten zwei Jahren erlosch. Die Verzehrungssteuer ist um 11.414,000 fl. höher eingestellt, wovon auf die Zuckersteuer-Einnahme aus den bereits mehrfach genannten Gründen 10 Millionen, ferner auf die Fleisch- und Schlachtvieh- sowie auf die Biersteuer 1.414,000 fl. ausfallen. Außerdem wurde das Zollgefälle um 1.787,756 fl., die Tabakeinnahmen um 1.059,000 fl., das Salzgefälle mit 259,700 fl., der Stempelbetrag mit 80,000 Gulden, die Taxen und Gebühren aus Rechtsgeschäften mit 200 fl. mehr veranschlagt.

Schließlich weisen auch einige Ministerien Mehreinnahmen auf, von denen die wichtigste die des Handelsministeriums mit 2.695,594 fl. ist, welche letztere Mehreinnahe ausschließlich das Post- und Telegraphengefälle betrifft, die seit mehreren Jahren eine stetige Entwicklung und fortwährend günstiger Betriebsverhältnisse befunden. Will man aber einen richtigen Begriff von dem Staatshaushalte pro 1882 gewinnen, so muß man die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen mit den außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen in ihrem wechselseitigen End- ergebnisse vergleichsweise zusammenhalten. Nach den Auseinandersetzungen des Finanzministers betragen die ordentlichen Ausgaben pro 1882 419,214,483 fl., die ordentlichen Einnahmen 417,839,524 fl., so daß sich im Ganzen ein Abgang von 1,374,959 fl. ergibt, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den die gemein- samen Angelegenheiten betreffenden Ziffern auch solche Positionen, die eigentlich in das Extra-Ordinarium gehören, als ordentliche Ausgaben aufgenommen wurden, so daß nach Ausscheidung derselben aus dem Ordinarium eigentlich im Ordinarium des österreichischen Staatsvoranschlags pro 1882 sich ein Plus in der Bedeckung herausstellen werde. Mehr als je gilt diesmal der Satz: das Extra-Ordinarium ist der Feind des Ordinariums.

Der Schwerpunkt des Deficits pro 1882 liegt nämlich in den außerordentlichen Ausgaben, welche den Betrag von 51.677,910 Gulden erreichen und dem nur eine außerordentliche Bedeckung von 15.243,334 Gulden gegenübersteht, so daß 36.434,576 Gulden unbedeckt bleiben. Die meisten Posten dieses Extra-Ordinariums betreffen entweder die Tilgung von Schulden oder productive Auslagen mit übrigens transi- torischem Charakter, so die Rückzahlung von Schatzscheinen 10 Millionen, Subventionen an Verkehrs- anstalten 20.217,853 fl., Bau der Arlbergbahn 5 1/2 Mil- lionen, monumentale Hochbauten 1.445,000 fl., Straßen- und Wasserbauten 2.159,650 fl., sonstige Bauten 1.604,291 fl., Grundsteuer-Regulierung 1.670,000 fl., Anlegung neuer Grundbücher 500,000 fl., Münz- verlust 4.441,497 fl., sonstige außerordentliche Er- fordernisse 4.139,619 fl. Rechnet man zu dem un- bedeckten Abgange des Extra-Ordinariums per 36.434,576 Gulden den unbedeckten Abgang ins Ordinarium per 1.374,959 fl., so ergibt sich die Summe von 37.809,535 Gulden als Gesamtdesicit pro 1882, von dem jedoch, wie eingangs erwähnt wurde, das Erfordernis für die Schatzscheine 10.000,000 fl., sowie 5 1/2 Millionen für den Bau der Arlbergbahn ausgeschieden sind, so daß das wirkliche Deficit sich auf 22.309,535 fl. reducirt, obschon der ganze obige Betrag zu bedecken wäre. Ueber die Bedeckung des Deficits wird gegenwärtig noch keine Bestimmung getroffen.

Erwägt man, daß die Regierung von den Ge- setzen vom 28. und 30. Mai 1880 wegen Beschaffung der Beträge per 1.435,344 fl. und 2.100,000 fl. zur Deckung eines unbedeckt gebliebenen Theilbetrages des Abganges des Jahres 1880 und beziehungsweise für den Bau der Arlbergbahn keinen Gebrauch gemacht und auch zur Bedeckung des unbedeckt gebliebenen Restes des Abganges pro 1881 per 3.466,310 fl. keinen

Credit in Anspruch genommen hat, so ist die begrün- dete Hoffnung vorhanden, daß auch ein verhältnis- mäßig nicht unbedeutender Theil des Deficits pro 1882 aus den in der Zunahme begriffenen Kaffe- beständen ausgeglichen und daß dadurch die Kaffe- scheine von 10 Millionen ohne Anspruchnahme des Credits getilgt werden dürften.

Sosern — woran kaum zu zweifeln ist — diese letztere Annahme sich verwirklichen wird, so befände sich Oesterreich auf dem Wege einer stetigen Bermin- derung des Deficits, dessen vollständige Beseitigung von der Durchführung jener Maßregeln abhängt, die die Regierung im Laufe der Session dem Parlamente vorgelegt hat und baldigst vorlegen wird. Das Ziel des Finanzministers war — seinem im Vorjahre ge- gebenen Versprechen gemäß — darauf gerichtet, das Deficit allmählich einzudämmen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Staates zu ermöglichen. Eine heroische Cur zur jähen Beseitigung des Deficits, wie sie von mancher Seite gewünscht zu werden scheint, ver trägt sich weder mit der Achtung erworbener Rechte, noch mit der Großmachtstellung der Monarchie. Gerade aus dem diesjährigen Exposé erhellt, daß das wirt- schaftliche Leben in Oesterreich sich günstiger gestaltet, und es liegt lediglich in der Hand der einzelnen Gruppen und Parteien unter Verzichtleistung auf Sonderinteressen, sich zu einer solchen Steuerreform zu vereinigen, die einerseits eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast, andererseits das Gleichgewicht im Staatshaushalte zur unzweifelhaften Folge hätte.

Budapest, 14. November. Die „Ungarische Post“ meldet aus Maros-Basarhely: „Das kronprin- zliche Paar langte, den bisherigen Dispositionen ent- gegen, heute vormittags um 11 Uhr mittelst Extra- Hofzuges hier an. Die Aenderung in den Disposi- tionen eifert das Arrangierungscomité zu fieberhafter Thätigkeit an. Der Wartesaal wird mit Blumengrün- länden eifrigst decorirt. Die Triumphpforte ist von einer riesigen Menge neugieriger Leute umgeben. Auf der Front des gräßlich Teleky'schen Palais sind die von prächtigen Teppichen und von Blumen umgebenen Bildnisse Ihrer Majestäten und des kronprinzlichen Paares angebracht. Das Militär zieht in Parade- Adjutierung in die Burg. Die Feuerwehr versammelt sich auf dem Stadthausplatze.“

Wien, 14. November. (Slovensti Narod.) Baron Gödel-Lanoy hat mit Rücksicht auf seine parla- mentarische Stellung seine Stelle als Verwaltungsrath der „Länderbank“ niedergelegt.

Baden-Baden, 13. November. Das günstige Befinden des Großherzogs hielt tagsüber an. Nach- mittags hatte derselbe einen zweistündigen ruhigen Schlaf. Die Temperatur betrug mittags 37.5, abends 38.6, der Puls 96. Der deutsche Kronprinz beabsich- tigt, morgen wieder abzureisen.

Berlin, 14. November. Der Kaiser conferierte gestern nachmittags mit dem Fürsten Bismarck.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“  
Paris, 14. November. Präsident Grévy geneh- migte die Ministerliste, woznach Gambetta das Prä- sidium und Auberres (Spuller als Unterstaatssecretär), Bert den Unterricht, Campenon den Krieg, Mallin- targé die Finanzen übernehmen. Freycinet, Ferry und Léon Say treten nicht ins Cabinet.

**Angefommene Fremde.**

Am 13. November.  
Hotel Stadt Wien. Weiler, Kaufm., Szygelbar. — Schupfer, Reiter, Oser, Kiste, Wien. — Karthart, Oberlieut., Grö- Hotel Elephant. Bartha, Reis.; Wieg, Tissen, Kiste, und Dr. Hirschfelder, Wien. — Koffer, Militärparrer, Trieste. Mohren, Arnscheg, Videm. — Stabotnik Josefa, Laibach. — Nobil Maria, Obertrain.

**Verstorbene.**

Den 12. November. Gottfried Tertnit, Landesbuch- haltungs-Rechnungsofficials-Sohn, 12 Tage, Kirchengasse Nr. 1, Kimbadaentkrampf.

Im Civilspitale:  
Den 11. November. Franz Stefesl, Hausbesitzer, 62 J., Bauchfellentzündung.

**Theater.**

Heute (gerader Tag): Unverhofft. Posse mit Gesang in drei Acten von Restroy.

**Correspondenz der Redaction.**

Pr. H. Die von ihnen gewünschte Adresse des neuen Unterhaltungsblattes: „Neue Welt“ lautet: Wien, IX., Markt- mittianplatz 3 (nächst der Botivkrche).

**Meteorologische Beobachtungen in Laibach.**

| November | Zeit der Beobachtung | Barometerstand in Millimetern auf 0° reducirt | Lufttemperatur nach Celsius | Wind      | Richtung des Stimmels | Wetterzeichen |
|----------|----------------------|---|-----------------------------|-----------|-----------------------|---------------|
| 14.      | 7 U. Mg.             | 743.48  | - 10                        | windstill | dichter Nebel         | 0-00          |
|          | 2 „ N.               | 743.14  | + 28                        | windstill | dichter Nebel         |               |
|          | 9 „ Ab.              | 744.52  | + 12                        | windstill | dichter Nebel         |               |

Dichter, stark nässender Nebel anhaltend. Das Tages- mittel der Wärme + 10°, um 29° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.